

Markus Büchel: «Nicht einverstanden mit einer Generalregelung»

Diskussion: Julius Risch (Initiativkomitee) und FBP-Fraktionssprecher Markus Büchel (Gegenvorschlag)

(Fortsetzung von Seite 4)

dann so macht. Wir wissen ja auch nicht, wann diese Themen in den Landtag kommen und wer dann noch im Landtag sitzt.

Markus Büchel: Ich habe Mühe damit, wenn man Themenbereiche, wie beispielsweise den Schwangerschaftsabbruch, die man nicht im Einzelnen lösen kann oder will, dann als Generallösung über eine Verfassungs-

Gegen Generallösung, ohne darüber diskutiert zu haben

änderung pauschal regeln will, und das ohne dass man darüber im Detail diskutiert hat. Das ist meine grosse Sorge. Ich bin der Überzeugung, dass wenn es in Liechtenstein eine Abstimmung gibt und man den Bürgern erklärt, was eine einzelne Gesetzesänderung für Konsequenzen hat und was für Ziele sie verfolgt, diese Bürger dann genau so mündig sein werden und genau so moralische Werte be-

Wir können die Leute bei uns nicht einschliessen

rücksichtigen werden. Sicher können wir die Entwicklung grundsätzlicher Strömungen nicht aufhalten, weil wir ein sehr begrenztes Staatsgebilde sind und einfach jeden Tag mit der Welt um uns herum permanent in Kontakt kommen. Wir können die Leute bei uns nicht einschliessen, wenn sie ins Ausland gehen wollen, weil dort andere Spielregeln herrschen als bei uns. Darum müssen wir Lösungen suchen, die all dies nicht ausser Acht lassen und die wir in Zukunft umsetzen können. Wichtig ist dabei, dass die einzelnen Themen ausdiskutiert werden. Nur dann können wir Lösungen finden, die für die Zukunft tragfähig sind.

Julius Risch: Dieser Aussage möchte ich etwas entgegentreten. Beim Anlass der Freien Liste hat selbst der Verfassungsrechtler Hilmar Hoch eingeräumt, dass man auch unsere Initiative liberal ausgelegt könne.

Markus Büchel: Ja, aber seine Aussage hat mir genau das bestätigt, was ich nicht will: Ich will keine Entscheidung von Richtern, sondern ich will dass die Bürger entscheiden. Denn wenn wir zwei Verfassungsrechtler fragen, dann bekommen wir zwei unterschiedliche Meinungen. Genau das wollen wir mit der Gegeninitiative verhindern, weil es dann genau diese Auslegungsdiskussionen nicht gibt.

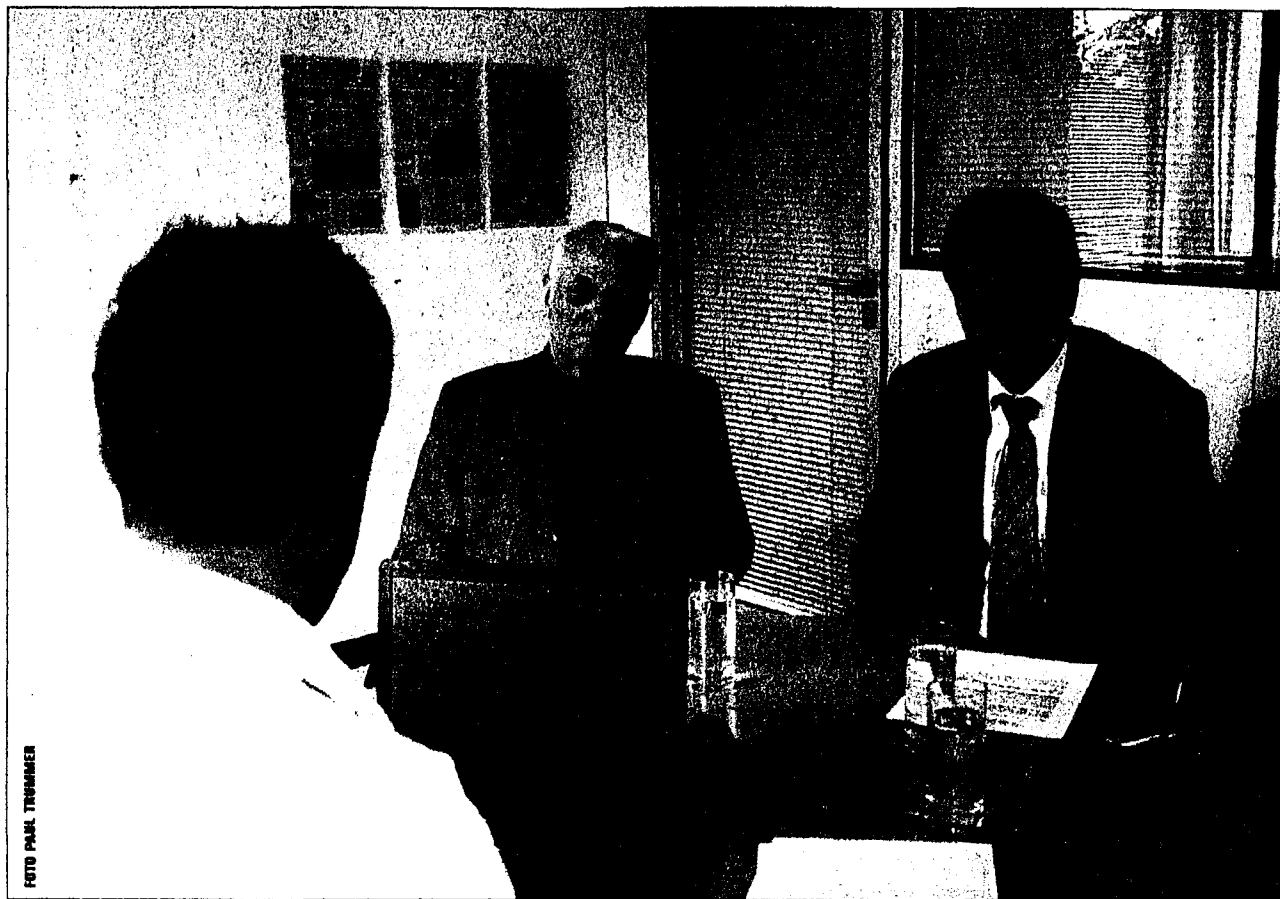
Misstraut denn das Initiativkomitee der Demokratie? Befürchtet das Komitee später einen Volksentscheid in die falsche Richtung?

Julius Risch: Nein, aber man muss schon sehen: Nach meiner Information ist es auf der ganzen Welt einmalig, dass nur in der Schweiz die Ein-

Misstraut das Initiativkomitee der Demokratie?

führung der Fristenregelung am 2. Juni 2002 per Volksabstimmung beschlossen worden ist.

Also befürchten Sie doch, dass sich das Volk später aus Ihrer Sicht



Gegensätzliche Ansichten (von rechts): FBP-Fraktionssprecher Markus Büchel, Befürworter des Gegenvorschlages, und Julius Risch, Mitinitiant der Initiative, diskutierten unter der Leitung von Volksblatt-Chefredaktor Martin Frommelt.

falsch entscheiden könnte...

Julius Risch: Nein, uns geht es darum, dass man jetzt den Grundsatz in der Verfassung festlegt, denn die Verfassung ist ja das Dach der Staatsordnung. Wir hören immer wieder, dass man uns vorwirft, «der Bogen sei zu weit gespannt». Diese Argumentation ist uns zu einfach.

Markus Büchel: Aber das Komitee hat nun einmal das Ziel, mit dieser Formulierung das Ganze generell zu regeln. Ich aber bin nicht einverstanden, mit einer Generalregelung, die alle diese Themen unter einem Wisch abdecken will. Darum bin ich schon der Meinung, dass der Bogen zu weit gespannt ist, denn über all die damit zusammenhängenden Fragen wurde bisher praktisch nicht diskutiert. Da-

Nicht alle Themen unter einem Wisch abdecken

mit könnten die demokratischen Mittel wie Referendums- und Initiativrecht bei der Behandlung und Entscheidung von Themen, die den Schutz des Lebens und der Menschenwürde betreffen, eingeschränkt werden.

Julius Risch: An unseren demokratischen Einrichtungen ist grundsätzlich nichts auszusetzen. Aber ich möchte schon die Frage stellen: Wäre es dir als Parlamentarier und als Christ recht, wenn das Volk bei uns die Fristenregelung einführen würde?

Markus Büchel: Dazu noch einmal ganz klar: Einer Schweizer Lösung der Fristenregelung würde ich nie zustimmen. Ich würde auch alle Mög-

Ganz klar gegen eine Fristenregelung

lichkeiten ausschöpfen, um andere zu überzeugen. Allerdings kann ich sie nicht zwingen, meine Meinung zu übernehmen, auch wenn ich als Katholik von meiner Meinung überzeugt bin. Ich stehe zu meinem Glauben. Wenn jetzt also so eine Fristenlösung kommen würde, dann würde ich mich persönlich nicht nach dem Gesetz ausrichten, sondern nach meinem Glauben, und nach diesem geht die Fristen-

lösung nach Schweizer Modell zu weit. Ich kann aber niemanden zwingen, das genau so zu sehen. Darum ist es aus meiner Sicht die einzige Chance, eine Fristenlösung zu verhindern, wenn man bessere Alternativen anbietet. Und hier haben die «Frauen in der FBP» intensiv diskutiert und den Vor-

Beratungsmodell geht in die richtige Richtung

schlag «Lebensschutz Plus» ausgearbeitet. Dieser Vorschlag zeigt auf, wie man durch Beratungen und Hilfeleistungen den Lebensschutz erhöhen könnte.

Was halten Sie von so einem Beratungsmodell?

Julius Risch: Das geht ganz klar in die richtige Richtung. Es ist sehr gut, dass man diesen Frauen endlich helfen will, und zwar auf allen Gebieten, sprich psychisch, physisch und auch finanziell. Das hätte man schon lange machen können.

Ich möchte noch einmal nachhaken: Was spricht dagegen, dass man das später fundiert diskutiert und nicht jetzt einen Schnelldurchgang macht?

Julius Risch: Das tönt alles nach dem Motto «Ich bin schon dafür, aber ... » Ich bin 100-prozentig über-

Ich bin 100-prozentig überzeugt, dass das völlig aus dem Ruder läuft

zeugt, dass das völlig aus dem Ruder läuft. Es sind ja auch viele Sachen noch nicht einmal andiskutiert worden.

Wir möchten beispielsweise ein so genanntes «Sorgfaltpflichtgesetz» für Ärzte und Pflegepersonal. In Deutschland beispielsweise sollen jedes Jahr 50 000 Personen alleine wegen ärztlichen Kunstfehlern sterben. Ein Sorgfaltpflichtgesetz auf diesem Gebiet wäre mindestens so wichtig wie das Sorgfaltpflichtgesetz für den Finanzplatz.

Damit wären wir beim Bereich Sterben angelangt. Die Initiative fordert ja den Schutz des Lebens bis zum «natürlichen Tod». Auch hier gibt es Unklarheiten über die Tragweite der Initiative ...

Julius Risch: Es ist ein Schwachsinn, uns immer vorzuwerfen, mit unserer Initiative dürfe man Sterbenden nicht einmal mehr Morphium geben. Das ist der gleiche Schwachsinn wie die Behauptung, man dürfte bei Annahme unserer Initiative keine Verhütungsmittel mehr verabreichen.

Sind Sie also beim «natürlichen Tod» für eine liberale Auslegung? Und wie sieht es bei Verhütungsmethoden wie der Spirale oder der Pille danach, sprich nach der Empfängnis, aus?

Julius Risch: Es gibt für unser Ini-

Diese Vorwürfe sind ein Schwachsinn

tiativkomitee ganz einfach den Grundsatz: Es ist verboten, dass wir Leben zerstören, darum ist das Leben von der Empfängnis an bis zum natürlichen Tod zu schützen.

Dann aber dürfte man beispielsweise die Spirale nicht mehr verwenden, denn diese kommt erst nach der Empfängnis zum Zug, weil sie verhindert, dass eine befruchtete Eizelle sich in der Gebärmutter einnistern kann ...

Julius Risch: Wir sind keine Mediziner und Wissenschaftler. Über die Frage, wann das Leben anfängt, sind schon so viele Bücher geschrieben worden, dass wir jetzt nicht über diese Frage, über die die Meinungen so weit auseinander gehen, hier diskutieren sollten.

Markus Büchel: Aber irgendwann wird die Bevölkerung darüber ent-

Erst entscheiden, wenn Konsequenzen klar sind

scheiden müssen, was gilt. Wenn du die Empfängnis als Beginn des Lebens erachtest, dann wird definiert werden müssen, was Empfängnis ist und wel-

cher Zeitpunkt dafür gilt. Dann wird wahrscheinlich die grosse Diskussion stattfinden müssen, irgendwann werden wir auch darüber entscheiden müssen. Und diesen Entscheid möchte ich erst dann fällen, wenn ich die Konsequenzen kenne. Wir beide haben vorhin in der Diskussion aber gerade festgestellt, dass wir das noch nicht abschätzen können, weil auch diese Frage noch zu wenig vertieft ausdiskutiert worden ist.

Kommen wir zur Schlussrunde. Herr Risch, angenommen die Initiative wird vom Volk angenommen, wäre die Sache dann für das Initiativkomitee erledigt?

Julius Risch: Grundsätzlich schon. Wir haben dazu jedenfalls noch keine weitergehenden Überlegungen ins Auge gefasst. Wir haben uns aber Gedan-

Wäre die Sache dann für das Komitee erledigt?

ken darüber gemacht, wie man Schwangeren, die in Not sind, helfen könnte. Man könnte das durch eine nicht-staatliche Einrichtung machen, beispielsweise durch eine Stiftung oder etwas Ähnliches.

Markus Büchel, wie sehen Sie das, wenn der Gegenvorschlag angenommen wird?

Markus Büchel: Egal, ob die Initiative oder der Gegenvorschlag angenommen wird: Wir müssen auf jeden Fall handeln, wenn wir etwas verändern wollen. Wenn allerdings die Initiative durchgeht, dann habe ich die Befürchtung, dass wenig Spielraum bleibt, um Lösungen zu finden, die für die Zukunft angemessen sind.

Julius Risch: In einem Rechtsstaat wie dem unseren gilt für den Gesetzgeber immer der Grundsatz der Ver-

Es gilt der Grundsatz der Verhältnismässigkeit

hältnismässigkeit. Darum können wir den Vorwurf vom fehlenden Spielraum bei Annahme der Initiative nicht akzeptieren. Das angebliche Fehlen des Spielraums erachten wir als reine Abwehrtaktik.

Zum Schluss noch ein kurzer Satz zu den Erwartungen für den 27. November?

Julius Risch: Wir hoffen sehr, dass wir mit unserer Initiative durchkom-

Wir haben schon beim Sammeln der Unterschriften so einiges zu hören bekommen

men. Ich bin aber Realist und denke, dass der Zeitgeist sicher eine Rolle spielen wird. Ich bin mir also durchaus bewusst, dass es nicht klappen könnte, denn wir haben schon beim Sammeln der Unterschriften so einiges zu hören bekommen.

Markus Büchel: Ich hoffe selbstverständlich, dass unser Gegenvorschlag eine Mehrheit findet. Wir sind überzeugt, dass es der richtige Weg ist, um später gemeinsam Lösungen finden zu können, um dem Grundanliegen, den Schutz des Lebens stärken, konkret zum Durchbruch zu verhelfen.